



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 133. Ratssitzung vom 5. März 2025

4353. 2024/120

Motion von Selina Walgis (Grüne), Anna-Béatrice Schmalz (Grüne) und Tiba Ponnuthurai (SP) vom 20.03.2024:

Anpassung des Berechnungsschlüssels für die Stellen der Schulsozialarbeit

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Selina Walgis (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 2996/2024): *In meinem Berufsalltag als Lehrerin erlebe ich, wie Schulsozialarbeitende eine zentrale Aufgabe übernehmen. Schulsozialarbeitende beraten die Schüler*innen und ihre Familien bei herausfordernden Situationen in der Schule, Freizeit oder zu Hause. Sie ermöglichen den Zugang zu einem breiten Unterstützungsangebot, leisten wichtige Präventionsarbeit und beraten die Lehrpersonen in ihrem Fachbereich. Die Schulsozialarbeitenden der Stadt Zürich sind mit dem aktuellen Berechnungsschlüssel stark ausgelastet. Die Einzelfallarbeit nimmt immer mehr Zeit in Anspruch. So kann oft eher intervenierend und weniger präventiv gearbeitet werden. Auch Projektarbeit kommt teilweise zu kurz. Das ist eine verpasste Chance. Darum ist es wichtig, den Berechnungsschlüssel anzupassen. Die daraus resultierende erhöhte Präsenzzeit von Schulsozialarbeitenden in den Schulen ist für die Niederschwelligkeit des Angebots zentral. Wir sind bereit, unsere Motion in ein Postulat umzuwandeln und haben mit dem entsprechenden Budgetantrag sichergestellt, dass das Anliegen im Jahr 2025 umgesetzt werden kann. Der Stadtrat erwähnt in seiner Antwort, dass der Kanton Zürich den Gemeinden im neuen Fachkonzept Schulsozialarbeit vom April 2024 einen Schlüssel von 600 Schüler*innen pro Stellenwert Schulsozialarbeit empfiehlt. Das entspricht exakt der Forderung unseres Vorstosses. Die neue Empfehlung erfüllt die Stadt mit dem aktuellen Schlüssel von 1:690 nicht mehr.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Die Forderung der Motion beziehungsweise des umgewandelten Postulats entspricht mittlerweile einer Empfehlung des Kantons. Aus diesem Grund sind wir bereit, es so entgegenzunehmen. Die Mittel sind im Budget bereits eingeplant. Wir sind grundsätzlich bereit, das Angebot ab Sommer für das neue Schuljahr auszubauen.*



Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat: Auch ich habe es in meinem Arbeitsalltag immer wieder mit der Schulsozialarbeit zu tun. Besonders bei schwierigen Fällen, etwa wenn die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) involviert ist oder das Problem meinen Zuständigkeitsbereich als Klassenlehrer übersteigt, bin ich um die Schulsozialarbeiter froh. Sie schreiben aber in Ihrer Forderung und im Votum, dass die Schulsozialarbeiter in herausfordernden Situationen Beratungen durchführen. In der Jugend oder Kindheit nimmt man Situationen schnell als herausfordernd wahr. Das bedeutet nicht, dass eine Intervention von Sozialarbeitern benötigt wird. Gerade bei Streitereien geschieht dies aber schnell, vor allem während der Schulzeit. Wir sind der Meinung, dass das jetzige Pensum der Sozialarbeiter für die brutalen Fälle ausreicht. Bei vielen Problemen kann der Klassenlehrer helfen. Und die Projektarbeit, für die das Postulat Zeit schaffen soll, steuert oft in eine Richtung, mit der die SVP nicht einverstanden ist. Ein Beispiel ist eine bundesweite Kampagne, bei der Schüler intensiv nach ihrem Wohlbefinden gefragt werden. Beantworten sie nicht jede Frage mit hundertprozentiger Sicherheit, dass sie glücklich sind, werden sie in weitere Abklärungen oder zu Sozialarbeitern geschickt. Das fördert eine Befindlichkeitsgesellschaft, die immer weniger resiliente Jugendliche produziert und zu stark auf die Gefühle einzelner hört.

Sophie Blaser (AL): Ja, Schulsozialarbeit soll für Kinder und Jugendliche kurzfristig erreichbar sein. Kinder und Jugendliche in Krisen und Notsituationen erkennen manchmal nicht, dass sie es schwieriger haben als andere. Für sie ist es einfach Realität. Wenn man zum Beispiel in der Familie geschlagen wird, ist es nicht einfach zu erkennen, dass übergriffiges Verhalten bei anderen nicht an der Tagesordnung ist. Umso wichtiger ist es, dass sie das niederschwellige Angebot der Schulsozialarbeit kennen. Sie müssen sich keine separate Stelle suchen, sondern werden dort betreut, wo sie sind. Das Angebot der Psychiatrischen Universitätsklinik ist seit Jahren überlaufen. Sogar Eltern und Kinder in Krisen werden abgelehnt, solange keine Selbst- oder Fremdgefährdung festgestellt wird. Das sind Fälle, die oftmals zu Notfällen eskalieren, wobei sich Selbst- oder Fremdgefährdung entwickeln. Es ist ideal, wenn diese Kinder bereits vor dem Notfall in der Schule abgefangen und durch Sozialarbeitende unterstützt werden. Schulmitarbeitende und Schulsozialarbeitende merken auch, wenn jemand nicht zur Schule kommt. Das kann bereits auf eine Krise hindeuten und Hilfebedarf signalisieren. Wichtig ist, dass die Hilfspersonen dem Kind bekannt sind. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass das Angebot bekannt und die Person auch in anderen Projekten und Bereichen eingebunden ist. Dafür braucht es ein ausreichend grosses Pensum. Bei einer 60-Prozent-Stelle ist es nicht möglich, den Kindern innert nützlicher Frist zu helfen. Die Anpassung des Schlüssels schafft eine höhere Verbindlichkeit und garantiert ein stabiles Angebot.

Dr. Tamara Bosshardt (SP): Zu den Aufgaben der Schulsozialarbeit gehört nicht nur die Unterstützung von Schüler*innen, wenn Probleme auftauchen. Auch Prävention und die gemeinsame Auseinandersetzung mit Herausforderungen, die in der Kindheit und Jugend auftauchen, ist Teil der Arbeit. Auf die eigenen Gefühle zu hören, bedeutet nicht, dass man jedem Impuls folgt. Vielmehr lernt man, die eigenen Gefühle wahrzunehmen



3 / 3

*und einen sinnvollen Umgang damit zu finden. Zudem muss ein sinnvoller Umgang mit Stress, Mobbing, Gruppendruck, sexueller Gesundheit, Stärkung des Klassengeistes und Herausforderungen in der Berufswahl besprochen werden, bevor diese Themen zum Problem werden. Auch Elternabende und Schüler*innenparlamente müssen organisiert und durchgeführt werden. Die Entwicklung, Implementierung und regelmässige Aktualisierung solcher Angebote brauchen Zeit. Eine starke Sozialschularbeit stärkt die Schüler*innen und leistet einen wichtigen Beitrag zu einer positiven Schulhauskultur.*

Anne-Béatrice Schmaltz (Grüne): *Schulsozialarbeiter*innen leisten extrem wichtige Arbeit. Wir Grünen freuen uns über die Zusicherung von STR Raphael Golta, dass das Anliegen schnell umgesetzt wird. Das ist eine enorm positive Entwicklung und wird sehr zur Unterstützung von Jugendlichen und Kindern in der Stadt Zürich beitragen. Nicht nachvollziehen kann ich, wie die SVP etliche Vorstösse zur Jugendgewalt macht und gleichzeitig die Wichtigkeit der Prävention verkennt. Ihr habt kein Verständnis dafür, wie man mit Jugendlichen umgeht oder eine Gesellschaft schafft, in der sich die Menschen wohlfühlen und gegenseitig unterstützen. Diverse Studien zeigen, dass Kinder und Jugendliche, die zu Hause Gewalt erfahren, dies weitergeben und gewalttätig werden. Da können Schulsozialarbeitende ansetzen. Es ist falsch, diese Arbeit als «Wischi-Waschi-Wohlfühlkultur» darzustellen. Schulsozialarbeitende sind professionelle Fachpersonen, die gute Arbeit leisten. Gefühle als dumm herabzutun, ist klassisches patriarchales Denken. Gerade die Gefühle von Kindern und Jugendlichen muss man ernst nehmen.*

Stefan Urech (SVP): *Bereits zweimal heute Abend wurde legitime Kritik an der linken Klientelpolitik umgedeutet und verdreht. Nur weil wir die Erhöhung der Stellen kritisieren, heisst das nicht, dass wir Gewalt an und von Jugendlichen gutheissen würden. Uns wird ständig vorgeworfen, wir seien Populisten. Heute ist es die andere Ratsseite.*

Selina Walgis (Grüne) ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Das Postulat GR Nr. 2025/79 (statt Motion GR Nr. 2024/120, Umwandlung) wird mit 101 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat